

ORGANISIERTER KAPITALISMUS

INHALT

- 1 EINLEITUNG
- 2 DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG
 - 2.1 Die Megatrends
 - 2.2 Der Wandel der Weltwirtschaft 1870-1929
 - 2.3 Exkurs: Der Erste Weltkrieg
 - 2.4 Exkurs: Die Russische Revolution
- 3 DIE NEUE PERIODE DES KOLONIALISMUS
- 4 DER NEUE STAATSINTERVENTIONISMUS
 - 4.1 Die Koordinationsfunktion des Staates
 - 4.2 Der Staat als Protektor der Wirtschaft
 - 4.3 Risiko wird mit Staatshilfe "kalkulierbar"
- 5 GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONSTRENDS
- 6 EXKURS: NATIONALISMUS, RASSISMUS UND "MODERNER" ANTISEMITISMUS

1 EINLEITUNG

Das ausgehende 19. Jahrhundert war von einem tiefreichenden, staatenübergreifenden Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft gekennzeichnet. Der liberale "Konkurrenz-Kapitalismus", der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts den Staatskapitalismus merkantilistischer Prägung abgelöst hatte, war bereits wieder obsolet geworden. Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein "organisiertes" Stadium war eine spürbare Abwendung von Laissez-faire-Prinzip und Freihandel gegeben, die Abläufe im Rahmen der Wirtschaftsordnung wurden vermehrt wieder durch staatliche Maßnahmen gesichert, Konzentrations- und Bürokratisierungstendenzen verstärkten sich, der Schwerpunkt des Wettbewerbs verlagerte sich vom Unternehmenssektor auf das System der Nationalstaaten. Die Ursachen des Systemwandels in Richtung "**organisierter Kapitalismus**" waren vielfältig:

(1) Am wesentlichsten erscheint die **krisenhafte ökonomische Entwicklung** nach dem Börsenkrach von 1873, die massive Vertrauensverluste in das liberale System und den Drang mit sich brachte, alle wesentlichen Belange in Wirtschaft und Gesellschaft gezielt zu "organisieren".

(2) Ebenfalls maßgebend war die besondere Entwicklungsdynamik des modernen Kapitalismus, die aus dem Akkumulationszwang heraus das **Expansionsstreben**, die **Wachstumsorientierung** und damit die **Konzentration** im Unternehmensbereich vorantreibt (economies of large scale). Zu diesen Effekten zählt auch die wachsende Bedeutung des sogenannten Finanzkapitals.

(3) Die Unternehmenspolitik bzw. das betriebliche Sicherheitsstreben war dabei insofern bestimmend, als die Orientierung an den krisenbedingt stark abfallenden Preis- und Gewinnentwicklungen und am Wunsch nach größtmöglicher Risikominimierung dominierte (Kartellbildung).

(4) Die wirtschaftlichen Prozesse wurden auch wesentlich von den Auswirkungen der "**zweiten industriellen Revolution**" bestimmt. Die **neuen Technologien** (Leitsektoren: Chemie, Elektrotechnik; Energiequellen: Erdöl, Elektrizität; Kommunikationstechnologien: Telegraphie, Telefon) förderten das Zusammenwachsen von Betrieben zu großen vernetzten Einheiten.

(5) Um den systemgefährdenden Gehalt der "**sozialen Frage**" zu entschärfen, wurde die Problemlösungskapazität des Staates (Sozialpolitik, Interessenausgleich) wieder stärker einzubringen versucht. Die transformationsbedingten Veränderungen werden sich in den Bereichen der Wirtschaft, der Politik, der Gesellschaft und bei der Gestaltung der Außenbeziehungen feststellen lassen.

2 DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

2.1 Die Megatrends

Zwischen 1850 und 1900 setzte ein Modernisierungsschub ein, der eindeutig dem Großunternehmen zu einer dominierenden Position in der Gesamtwirtschaft verhalf, während die Klein- und Mittelbetriebsstruktur (Gewerbetreibende, Handwerker und Kleinhändler) zusehends an den Rand gedrängt wurde. Drastisch bemerkbar machte sich der Rückgang des Anteils der landwirtschaftlichen Betriebe am Bruttosozialprodukt. Vergleicht man die Beschäftigungslage in den industriell vorangeschrittenen Ländern nach Sektoren, so zeigt sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch eindeutig eine Dominanz der Landwirtschaft, während sich in den Jahren kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Verhältnisse klar zugunsten der Industrie, des Handels und des Dienstleistungssektors wendeten.

Die Notwendigkeit, Kapitalien für die Realisierung großer Projekte zusammenzufassen, gebar neue Unternehmensformen wie Trusts, Syndikate, Kartelle, Konzerne, Pools und Fusionierungen ähnlicher Art. Im deutschen Reich beispielsweise kam es unmittelbar vor Ausbruch der Wirtschaftskrise zwischen 1870 und 1873 zur Gründung von über 1000 Aktiengesellschaften, auch in der Phase der Depression setzte sich diese Tendenz ungebremst fort. Allein im kurzen Zeitraum zwischen 1887 und 1890 gab es in Deutschland 380 Kartellzusammenschlüsse. Auch in Ländern wie Österreich (Zunahme der Kartellanzahl von 4 auf über 200 zwischen 1880 und 1912), Frankreich, Belgien und der Schweiz kam es zu beachtlichen Kartellbewegungen, während in den USA eher die Ausprägung des Trusts vorherrschend blieb. Die Verdrängung der Klein- und Mittelbetriebe war jedoch keine völlige, da die Existenz solcher Unternehmen in Nischenbereichen - zum Teil sogar recht gut - gesichert war. Allerdings schlüpfte der Klein- bzw. Mittelbetrieb immer stärker in die Rolle der Zulieferers für den Großbetrieb, vergleichbar einem modernen Verlags-Subunternehmen. Die Vorteilsposition der Großunternehmung lag auf der Hand. Nicht nur die Gestaltung der Preise im Falle monopolistischer und oligopolistischer Gegebenheiten sowie die Rohstoffbeschaffung und die Vertriebsorganisation vereinfachten sich, auch Kostenvorteile, Investitionschancen und die Anpassungsmöglichkeiten bei Konjunkturschwankungen erhöhten sich im Vergleich zu den Spielräumen kleinerer Mitbewerber spürbar. Eine Ausrichtung auf die Massenproduktion konnte nur von Firmen entsprechender Größenordnung gewährleistet werden. Nicht zuletzt war der Zugang der Großbetriebe zum Kapitalmarkt und zu Forschungs- und Entwicklungsergebnissen deutlich günstiger gelagert.

Das neue Stadium des Kapitalismus wurde ganz wesentlich von den Effekten der sogenannten "**zweiten industriellen Revolution**" mitgetragen. Neue Energiequellen wie Erdöl und Elektrizität und neue Leitsektoren wie Elektroindustrie, Maschinenbau und chemische Fertigung, spezialisiert etwa auf Herstellung synthetischer Stoffe, erforderten moderne Produktionsmethoden und leisteten damit dem Trend zum Großbetrieb Vorschub. Auch die Herausbildung der Kombination von wissenschaftlicher Forschung und "Know-How" als ein neuer "Produktionsfaktor" kam primär dem Trend zum Großunternehmen entgegen.

Die fortschreitenden Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen im betrieblichen Bereich resultierten aber auch aus einem beschleunigten Anwachsen des fixen Kapitals und aus der Erfordernis, große Geldkapitalien entsprechend den Anforderungen modernster Fertigungsmethoden

zu bündeln. Neben den schon erwähnten jungen Industrien war es vor allem der Grundstoffsektor, der von den Zentralisationserscheinungen in der Wirtschaft erfaßt wurde. Die Zielvorstellung, alle vorhandenen Produktionskapazitäten bestmöglich auszunutzen, schien im großbetrieblichen Geschehen am besten verwirklichtbar. Das Größenwachstum der Betriebe begann ab etwa 1900 mit der Geburt des multinationalen Unternehmens (Branchen: chemische Industrie, Elektro-, Textil- und Schwerindustrie) auch den engen nationalstaatlichen Rahmen zu sprengen.

Besonders beachtlich erscheint der Bedeutungsgewinn der Großbanken in der Phase des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Im Zuge der Konzentrationsprozesse trat der Bankensektor immer stärker als Kontrollor von Industrie- aber auch Handels- Transport- oder Versicherungsunternehmen hervor, immer mehr übernahmen die Banken auch die Leitungs- und Koordinationsfunktion in der Gesamtwirtschaft. Eine personelle Verknüpfung zeigte sich etwa dann, wenn Banken ihre Vertrauensleute z.B. in die Aufsichtsräte von Industrieunternehmen entsandten. In seinem 1910 in Wien erschienenen Werk "Das Finanzkapital" analysierte Rudolf Hilferding die neue Situation. Er stellte fest, dass eine zunehmende finanzielle, organisatorische und personelle Verflechtung zwischen industriellem und kommerziellem Kapital einerseits und Bankkapital andererseits gegeben sei, wobei dem letzteren immer stärker die hegemoniale Rolle zuwuchs. "Diese ganze Entwicklung", schrieb der führende Theoretiker des Austromarxismus Otto Bauer 1910, "nennen wir die Mobilisierung des Kapitals." Und Hilferding betonte: "Die Abhängigkeit der Industrie von den Banken ist also eine Folge der Eigentumsverhältnisse. Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles verwandelt ist, das Finanzkapital."

Die umfassenden Neuerungen beschleunigten auch innerhalb der betrieblichen Sphäre entsprechende Umgestaltungsprozesse. In den großen Unternehmen nahm der Organisationsaufwand sowohl im Produktionsbereich, als auch im Verwaltungsbereich merklich zu, wobei Bürokratisierungstendenzen unübersehbar wurden. Die Schwerpunktverlagerung von der Personengesellschaft hin zur Kapitalgesellschaft veränderten die alte Eigentumsordnung radikal. An der Stelle des Eigentümer-Unternehmers setzte sich der **neue Typus des Managers** durch, wobei auch die Leitungsfunktionen im Betrieb immer mehr arbeitsteilig wahrgenommen wurden. Alfred D. Chandler Jr. prägte in diesem Zusammenhang den Begriff der "**managerial revolution**". Die Fertigung und alle damit zusammenhängenden Prozesse wurden zusehends "verwissenschaftlicht"; nicht zufällig setzte sich im ausgehenden 19. Jahrhundert die **Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten** als eigenes Fach durch. Die Arbeitsabläufe unterlagen einer beschleunigten Automation, wobei die Durchsetzung des sogenannten **Taylorismus** das Fabrikssystem von Grund auf veränderte. In seinen "Principles of Scientific Management" (deutsch: "Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung", 1919) beschäftigte sich **Frederick Winslow Taylor** mit den Methoden der Fließfertigung und mit der Zerlegung des Produktionsprozesses in viele kleine Arbeitsschritte, alles mit der Zielsetzung, die Effizienz des Produktionsfaktors Arbeit zu steigern. Während der Wirkungsgrad einer Maschine fast immer ein kalkulierbares Moment dargestellt hatte, war der Einsatz der Arbeitskraft lange Zeit mehr oder weniger dem Zufall überlassen geblieben. Dies änderte sich um die Jahrhundertwende, nachdem Taylor die Regeln zum optimalen Zusammenspiel von Arbeitskraft und technischer Betriebsausstattung unter modernen kapitalistischen Bedingungen erstmals systematisch zusammengefaßt hatte.

2.2 Der Wandel der Weltwirtschaft 1870-1929

Ein wesentliches Merkmal des 19. Jahrhunderts war die Beschleunigung des Prozesses der Herausbildung einer kapitalistischen Weltwirtschaft gewesen. Die Spezialisierung im Erzeugungsbereich, der Einsatz neuartiger Produktionsmittel und die massenweise Herstellung von Gebrauchsgütern bewirkten, dass auf dem Weltmarkt neue Absatzmöglichkeiten gesucht werden mußten. Die Ausdehnung des Handels war mit den Umwälzungen auf dem Gebiete der Verkehrsmittel möglich geworden. In zunehmend rascherem Tempo hatten Dampfschiffahrt und Eisenbahn begonnen, den Erdball zu umspannen und die nationalen Volkswirtschaften einander

näher zu bringen. Der Übergang zum Freihandelssystem begünstigte diesen Trend. Die Aufbruchstimmung, die die "Gründerjahre" nach der Jahrhundertmitte bestimmte, schien in jeder Hinsicht gerechtfertigt. Bis zu Beginn der 1870er Jahre befand sich die Weltwirtschaft in einer Phase relativ kontinuierlicher Aufwärtsentwicklung. Die Situation begann sich nach dem Wiener Börsenkrach von 1873 jedoch grundlegend zu ändern. Die folgende Depressionsperiode war gekennzeichnet von einer schweren Agrarkrise, beträchtlichen Arbeitslosenraten und einem dramatischen Preisverfall (erst während des Ersten Weltkrieges erreichten die Preise teilweise wieder das Niveau von 1872/73). Nicht gebremst wurden in der Krise des ausgehenden 19. Jahrhunderts allerdings die wirtschaftlichen Konzentrationstendenzen, die Produktionskapazitäten und die Arbeitsproduktivität nahmen vielerorts (vor allem in den USA und in Deutschland) sogar noch zu. Der Wert des durchschnittlichen jährlichen Wachstums der Weltindustrieproduktion zwischen 1873 und dem Endpunkt der Großen Depression 1891 mit 2.9% (1848-1873: 3.8%; 1894-1913: 4.6%) läßt den Schluß zu, dass der verbreitete Pessimismus nicht nur reale Grundlagen hatte.

Wirtschaftswachstum 1870-1913 (reales BIP je Einwohner in US\$ von 1970)

LAND	1870	1890	1913	Zunahme/ Jahr [%]
Österreich-Ungarn	311	-	578	1.45
Deutsches Reich	523	694	1948	1.63
Frankreich	670	828	1219	1.4
Grossbritannien	956	1196	1468	1.0
Italien	537	538	756	0.8
Holland	954	1009	1254	0.64
Belgien	951	1208	1487	1.04
Schweiz	806	1021	1345	1.2
Schweden	416	556	998	2.06
Dänemark	536	771	1315	2.11
Norwegen	589	607	854	1.31
USA	774	1161	1815	2.0
Kanada	619	890	1466	2.03
Australien	1341	1681	1942	0.86
Japan	273	377	517	1.5

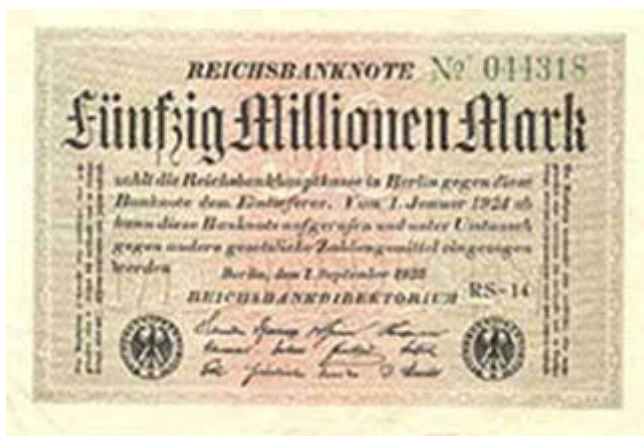
Die Aufschwungtendenzen in der Weltwirtschaft von der Mitte der 1890er Jahre bis 1913 waren ganz wesentlich von der "zweiten industriellen Revolution" geprägt. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt schufen die Basis für junge aufstrebende Zweige, wie die chemische Industrie, den Maschinenbau oder die Elektroindustrie. Zwischen 1890 und 1913 wuchs die Weltindustrieproduktion um das 2,5-fache. Bis 1913 trat bei den Außenhandelsumsätzen trotz des zunehmenden Protektionismus auf internationaler Ebene gegenüber 1860 mehr als eine Verzehnfachung ein. Regional wie sektoral ergaben sich allerdings große Entwicklungsunterschiede. Großbritannien (Anteil an der Weltindustrieproduktion 1913: 14%) wirkte im Weltgeschehen zwar nach wie vor als eine zentrale Handels- und Finanzmacht, die USA (Anteil an der Weltindustrieproduktion 1913: 36%) und Deutschland (Anteil an der Weltindustrieproduktion 1913: 16%) meldeten jedoch bereits deutlich ihre Führungsansprüche an, im asiatischen Raum wuchs in Japan ein mächtiger Konkurrent heran. Hinsichtlich des Produktivitätswachstums wurden die Briten zwischen 1870 und 1913 von den Amerikanern, den Deutschen und den Japanern bereits überholt. Zu den wirtschaftlichen Aufsteigern zählten aber auch kleinere europäische Staaten wie Belgien oder die Skandinavischen Länder. Die Habsburgermonarchie befand sich um 1900 in der Aufholphase, die Industrie konzentrierte sich dabei jedoch nur auf einige regionale Schwerpunkte. Die Iberische Halbinsel und der süditalienische Raum blieben eindeutig einer traditionellen Wirtschaftsweise verpflichtet. Auch Frankreich blieb in seiner Wirtschaftleistung zurück, die Investitionstätigkeit im Bereich der Industrie stagnierte

Rückständigkeit verharrte. Besonders drastisch gestalteten sich die Disparitäten innerhalb der Weltwirtschaftsordnung zwischen den industrialisierten Nationen und den mit militärischer und ökonomischer Macht unterworfenen Regionen.

Das Ansteigen der Lebenserwartung in den Industrieländern führte bis 1913 trotz sinkender Geburtenraten zu einem beachtlichen Bevölkerungszuwachs. Das Schwergewicht der Bevölkerungskonzentration verlagerte dabei sich immer mehr in die Städte. In Westeuropa wohnten in den Großstädten (also Städten mit über 100.000 Einwohnern) im Jahre 1800 lediglich 4.8 Millionen Menschen, um 1900 waren es bereits 42.1 Millionen. Der Bevölkerungsanstieg war vor allem auf den europäischen Raum bezogen erstaunlich, da alleine in letzten drei Dezennien vor dem Ersten Weltkrieg rund 34 Millionen Europäer nach Übersee auswanderten. Der Anteil Europas an der Weltbevölkerung wuchs in diesem Zeitraum von 21.2 auf 26.4%. Vom Jahre 1750 bis zum Jahre 1900 hatte sich die Bevölkerung der europäischen Länder und Nordamerikas zusammengenommen von 201 Millionen auf 573 Millionen ausgeweitet.

Der Blick auf die sich verschärfende Konkurrenzsituation innerhalb der Weltwirtschaft und auf die aggressive imperialistische Politik der Industrienationen bewog die marxistische Theoretikerin Rosa Luxemburg im Jahre 1913, die Möglichkeit eines erstmals weltumfassenden Krieges auszusprechen. Nur kurze Zeit später sollte sich ihre pessimistische Prognose bewahrheiten. Der Übergang zur Kriegswirtschaft war mit schmerzhaften Problemen versehen. Alle kriegsführenden Staaten waren mit Eintritt in das Kriegsgeschehen gezwungen, die Ausgabenseite ihrer Budgets drastisch zu erweitern. Die Kosten des Krieges von 1914 bis 1918 lassen sich alleine für die österreichische Reichshälfte der Habsburgermonarchie mit etwa 58 Milliarden Kronen beziffern (Insgesamt etwa 100 Milliarden Kronen). Im Vergleich dazu nahmen sich die Haushaltseinnahmen für das Budgetjahr 1914/15 mit etwa 6 Milliarden Kronen äußerst bescheiden aus. Die üblichen Formen der Finanzierung auf dem Wege der Steuern oder des Kredits reichten hier bei weitem nicht aus. So wurden im Herbst 1914 erste Publikums- bzw. Kriegsableihen aufgelegt, um privates Sparkapital und Bankreserven für Kriegszwecke zu mobilisieren. Ebenfalls noch 1914 wurde per kaiserlicher Notverordnung die "Bankakte" suspendiert, die die Deckungsverpflichtungen der Notenbank festgelegt hatte. Die Abkehr von den Regeln des Goldstandards und die nun möglich gewordene bedenkenlose Betätigung der Notenpresse - der Banknotenumlauf stieg von 1914 bis 1918 von 3.4 auf 42.6 Milliarden Kronen - ließen in kürzester Zeit inflationäre Effekte zutage treten. Im Jahr 1918 besaß die Krone nur mehr 1/16 ihrer ursprünglichen Kaufkraft. Die verheerende Geldentwertung war aber nur eine der Folgen des Ersten Weltkrieges.

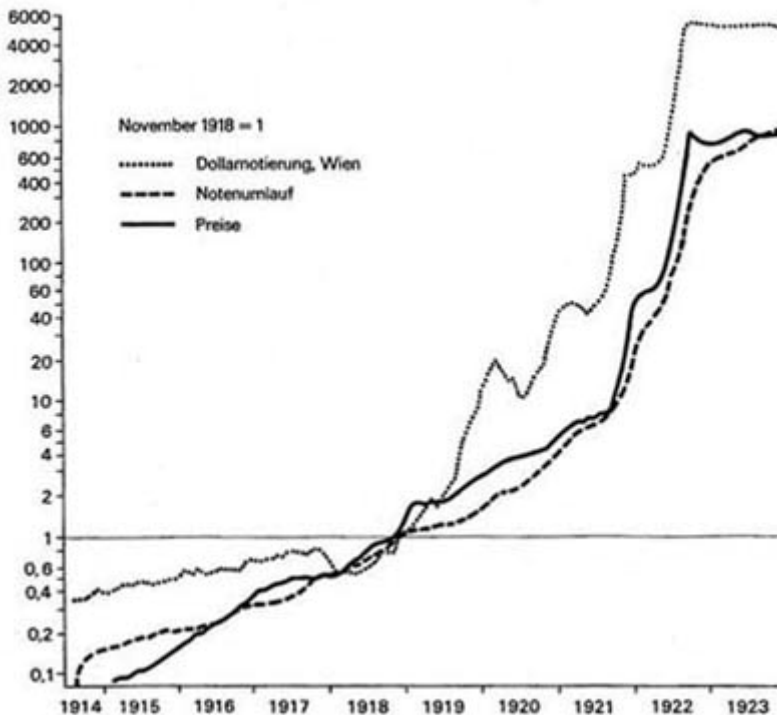
Deutsche Reichsbanknote aus dem Jahr 1923



Inflationsentwicklung

Da die Staatsausgaben in Neu-Österreich nach Kriegsende nicht unmittelbar zu reduzieren waren (Versorgung der Kriegsheimkehrer, Lebensmittelsubventionen), wurde weiter auf eine problematische Geldpolitik gesetzt, mit dem Ergebnis, dass sich die Inflationsspirale hurtig weiterdrehte. Im Herbst 1922, die Inflationkatastrophe erreichte zu dieser Zeit ihren Höhepunkt, besaß die Krone nur mehr 1/15.000 ihrer ursprünglichen Parität. Nachdem sich andere Ansätze einer Währungsanierung nicht durchgesetzt hatten, wurde 1922/23 versucht, mit Hilfe einer Völkerbundanleihe (Größenordnung: rund 650 Millionen Goldkronen) die Währung wieder ins Lot zu bringen.

Kriegs- und Nachkriegsinflation in Österreich 1914-1923



Einkommenspolarisierung

Der Inflationsprozeß führte zu einer gewaltigen Entwertung der Löhne, Gehälter und Beamtenbezüge. Eine indexmäßige Anpassung der Einkommen an die Teuerungsrate geschah nur sehr unzureichend und oft auch zu spät. Der Mittelstand war mit einer weitreichenden Deklassierung konfrontiert, da auch seine vor den Krieg angesammelten Ersparnisse als verloren zu verbuchen waren. Auf der Gewinnerseite hingegen stand eine schmale Schicht von Personen, die ihre Aktivitäten etwa im militärischen Versorgungswesen mit Spekulationsgeschäften kombinierten und die damit ihre Vermögen zu vervielfachten imstande waren. Generell ist zu bemerken, dass vor allem Großunternehmen mit standardisierter Massenproduktion, die direkt oder indirekt mit dem Militärgüterbereich befaßt waren, und der Sektor der Großbanken ihre Einflüßbereiche ausbauen konnten.

Produktionsstruktur

Die Kriegskatastrophe führte zur schwerwiegenden Verzerrungen im Bereich der Produktion, da der Krieg eine gigantische Umverteilung vom privaten zum öffentlichen Konsum mit sich gebracht hatte. Nach Schätzungen wurde in der Endphase des Ersten Weltkrieges etwa die Hälfte des Sozialproduktes für militärische Zwecke in Anspruch genommen. Dem landwirtschaftlichen Sektor wurden wichtige Ressourcen entzogen, so dass Produktivität und Ernteerträge zurückgingen. Hungerrevolten waren so zu Begleiterscheinungen des Krieges geworden. Die Möglichkeit, nach dem Kriege rasch wieder an die Vorkriegsgegebenheiten anzuknüpfen, war nur für die Siegerländer denkbar.

Wirtschaftsordnungsdiskussion

Wie sehr der Erste Weltkrieg das kapitalistische System destabilisiert hatte, zeigten die Diskussionen um verschiedene Konzepte, die sich mit der Installierung planwirtschaftlicher Strukturen und mit der Sozialisierung von Betrieben befaßten. In Österreich trat besonders Otto Neurath mit

planwirtschaftlichen Konzepten hervor. Otto Bauer präsentierte im Jahr 1919 ein Programm, in dem neben einer Sozialisierung des Großgrundbesitzes, der Wohnungswirtschaft und (in weiterer Folge) der Großbanken vor allem eine Vergesellschaftung des Industriesektors eingefordert wurde. In Deutschland wirkte Walter Rathenau, ein Konzernherr mit großbürgerlicher Herkunft und Planwirtschafts-Theoretiker, der von dem Gedanken fasziniert war, eine komplette Volkswirtschaft wie einen großen Betrieb zu leiten. Zur Durchsetzung planwirtschaftlicher Konzepte in der Sowjetunion.

Der Erste Weltkrieg hatte in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur dargestellt. Das Geschehen in der Weltwirtschaft war in brutaler Weise unterbrochen worden. Die gewohnten Beziehungen waren vielfach auseinandergefallen, ein weiterer umfassender Strukturwandel war im Gange. Konkret zeigten sich die Verwerfungen anhand der Zerrüttung des internationalen Kapitalmarktes und im sich verschärfenden außenwirtschaftlichen Protektionismus. Großreiche wie die Habsburgermonarchie und das Osmanische Reich bestanden nicht mehr, Großbritannien und Frankreich waren verschuldet (beim Hauptgläubiger USA) aus dem Krieg hervorgegangen. Für eine Dekade lang fielen Deutschland (wegen der Reparationsleistungen) und Rußland (wegen seiner wirtschaftlichen Umorientierung) für die Weltwirtschaft aus. Lediglich die Vereinigten Staaten und Japan konnten am Beginn der Zwischenkriegszeit einen Bedeutungsgewinn für sich verbuchen.

Autarkistische Ideologien, gleichsam als wirtschaftliche Ableger der Kriegs- und Nachkriegskonfrontationen und Ausdruck der nationalstaatlichen und nationalimperialistischen Welle, steigerten den herrschenden Neomerkantilismus. Der ökonomische Austausch zwischen den europäischen Ländern stagnierte, fiel sogar hinter die Vorkriegsraten zurück. Sowohl beim Produktionsausstoß als auch im Bereich des Welthandels hatte der europäische Kontinent Bedeutungsverluste hinzunehmen. Der Anteil Europas an der weltweiten Gesamtproduktion sank zwischen 1913 und 1923 von 43 auf 34%. In diesem Zeitraum verminderte sich auch der Anteil Europas am Welthandel, von 59% 1913 auf 50% 1923. Nur mit Mühe gelang es, wieder Stabilität in die internationale Währungsordnung zu bringen. Auf der Weltwährungskonferenz von Genua 1922 war die Einführung des Gold-Devisenstandards empfohlen worden. Die Zentralbanken wurden ermächtigt, zur Deckung des Geldumlaufs neben dem Gold auch kurzfristige Auslandsforderungen zu halten. Die Währungen der USA und Großbritanniens, deren Zentralbanken die Goldeinlösepflicht garantierten, fungierten dabei de facto als Leitwährungen. In der zweiten Hälfte der 20er Jahre gelang eine Wiederherstellung der Geldparitäten, es wurde aber immer deutlicher, dass Großbritannien nicht mehr jene Wirtschaftsmacht verkörperte, die die Rolle eines Leitwährungslandes übernehmen konnte.

Erst Mitte der 20er Jahre war die Phase der Erholung und der Neuorientierung nach der Kriegskatastrophe abgeschlossen. Vom Kriegsgeschehen nahezu unbeeindruckt fortgesetzt hatten sich die Kartellierungstendenzen, die sich in vielen Branchen zeigten, vor allem aber im Sektor der Stahl- und Eisenerzeugung. Selbst ein so unscheinbares Produkt wie das Zündholz entkam nicht dem Monopolisierungsprozeß. Ein nordeuropäisches Privatunternehmen schaffte es in diesem Zweig sogar, ein Weltmonopol zu errichten. In der Zwischenkriegszeit bestanden weltweit ca. 300 Zündholz-Fabriken unter einheitlicher Leitung, wobei auch 15 Staatsmonopole angeschlossen waren. Die allgemein wieder zunehmende optimistische Grundhaltung in der Wirtschaft begründete sich auf einem raschen Anstieg der Produktionsziffern. Der verstärkte Trend hin zum Großbetrieb hatte die Rationalisierungspotentiale deutlich ausgeweitet, beachtliche Produktivitätssteigerungen bewirkten international eine Erhöhung der Produktionsausstoßes.

Für die Periode zwischen den beiden Weltkriegen ist charakteristisch, dass das Wachstum des Welthandels immer mehr hinter dem Wachstum der Industrieproduktion zurückblieb, und dass der Anteil von Fertigerzeugnissen an der Warenstruktur des Exportes abnahm. Das Zurückbleiben des Handelsvolumens hatte ganz wesentlich mit den Konsumbeschränkungen auf den Binnenmärkten zu tun. In den meisten Staaten bedingte die neomerkantilistische Ausrichtung ein niedriges Lohnniveau und damit ein schwache interne Nachfrage.

Eine Ausnahme bildete in dieser Hinsicht die Wirtschaft der Vereinigten Staaten, die bereits von einer ersten Welle des "**Fordismus**" erfaßt worden waren. Der Autoproduzent und Wirtschaftspublizist **Henry Ford** war es, der die Meinung vertrat, dass die anstehenden politischen und sozialen Probleme mit den Methoden, die ein modernes Wirtschaftssystem eröffne, gelöst werden sollten. Sein Glaube an Technik und Wirtschaft, an eine "Machbarkeit der Welt", an die Steigerung des Output durch Management, Rationalisierung und Fließbandarbeit war dabei nahezu unbegrenzt.

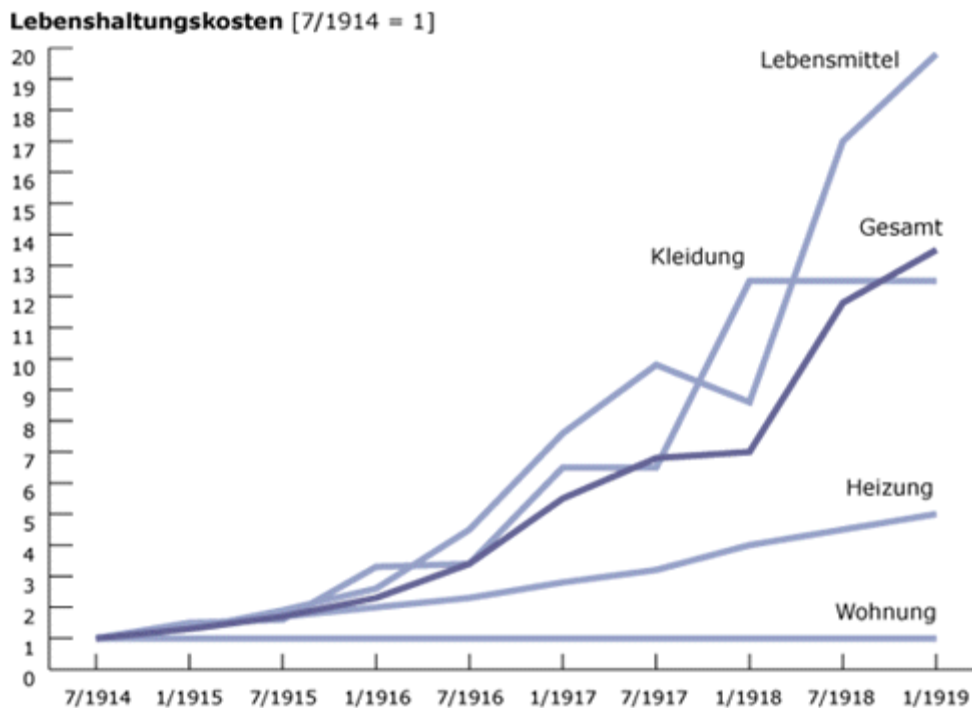
Ford plädierte für einen uneingeschränkten Massenkonsum, in der Gewißheit, damit die Absatzmöglichkeiten für seine Produkte zu steigern. Er war überzeugt, als Unternehmer seinen Gewinn vervielfachen zu können, indem die Arbeiterschaft zu Nachfragern ihrer "eigenen Erzeugnisse" gemacht wird. Im Jahr 1903 hatte Henry Ford seinen ersten autoproduzierenden Betrieb eröffnet, schon 1914 konnte er den 16-fachen Output einer durchschnittlich ausgestatteten Autofabrik vorweisen. Er verfügte in seinen Werken 1914 eine Erhöhung des Tageslohnes von 2.30 US\$ auf 5 US\$ und den Übergang zum 8-Studentag. Mitte der 20er Jahre wurde bei Ford bereits probeweise die 5-Tage-Woche eingeführt. Der "Fordismus", der in Europa erst nach 1945 richtig zur Durchsetzung gelangen sollte, schuf eine wesentliche Grundlage dafür, das System des "Organisierten Kapitalismus" auf den Hochleistungspfad zu bringen.

2.3 Exkurs: Der Erste Weltkrieg

In seinem Werk "Vom Kriege" hat Carl von Clausewitz Kriegshandlungen danach bemessen, inwieweit "das ganze Dasein der Völker" davon berührt wird. Je spannungsgeladener die einem Krieg vorhergehende Phase sei, desto mehr würde sich der Krieg seiner "abstrakten Gestalt" nähern, oder, wie es an einer anderen Stelle heißt, "dem Begriff des neueren, absoluten Krieges". Der Erste Weltkrieg wird sich unschwer in diese Kategorie einordnen lassen. Die zunehmenden Rivalitäten zwischen den nach Erweiterung ihrer Einflußgebiete strebenden Nationen schlugen 1914 um in eine offene Aggressionspolitik. Deutschland hatte 1898 mit dem Ausbau seiner Hochseeflotte begonnen, eine Maßnahme, durch die England seine See-Hegemonie bedroht sah. Das Klima zwischen Deutschland und Frankreich war wegen andauernder Gebietsstreitigkeiten (Elsass-Lothringen) belastet. Ein weiterer Konfliktherd war im Raum Südosteuropa gegeben, wo die durch Nationalitätenkonflikte hervorgerufenen Zentrifugalkräfte den Bestand der Habsburger-Monarchie bedrohten. Anstatt die Abspaltungstendenzen im Raum des Habsburger-Reiches durch Milderung der ökonomischen Disparitäten zu neutralisieren, setzte das österreichische Kaiserhaus auf militärische Machtdemonstrationen. Serbien, das aus dem so empfundenen "Völkerkerker" ausbrechen wollte, stand jedoch nicht alleine und konnte mit der Schutzmachtfunktion Rußlands rechnen. Der russisch-japanische Krieg war 1905 mit der Niederlage des Russischen Reiches zu Ende gegangen; Rußland hatte danach seine Interessen verstärkt auf den Balkan verlagert. Das Attentat von Sarajewo 1914 war in der spannungsgeladenen Situation nur mehr ein Funke im Pulverfaß. Der Glaube, dass mit einem Straffeldzug gegen Serbien ein rasches Ende der Konflikte am Balkan gegeben sein würde, erwies sich als Illusion. Die folgende Kette von Kriegserklärungen mündete in den ersten großen Weltbrand.

Das Geschehen im Ersten Weltkrieg stellte nicht nur eine neue Form des "absoluten Krieges" im Sinne von Clausewitz dar, die Zeitspanne zwischen 1914 und 1918 brachte auch eine "Industrialisierung" des Krieges. Der enorme Einsatz von Menschen und Material machte neue Organisationsformen notwendig. Kriegsführung wurde zunehmend zu einer Managementaufgabe. Am Höhepunkt des Krieges standen 74 Millionen Soldaten unter Waffen, davon 25 Millionen allein bei den Mittelmächten. Der Materialaufwand war nicht mehr aus der vorhandenen Rüstung zu decken, mit der Umstellung der Produktion auf kriegswirtschaftliche Erfordernisse mußte es auch zu einer "wirtschaftlichen Mobilmachung" kommen. Die Umstellung der Wirtschaft der kriegsführenden Staaten auf die Bedürfnisse des Krieges gelang aber nur schrittweise. Da die gewaltige Lücke, die der Krieg im Staatshaushalt verursachte, nicht über Steuererträge und Kriegsanleihen abzudecken war, erfolgte die Finanzierung der Rüstungsproduktion und der militärischen Einsätze in der Hauptsache durch ein System von Geldschöpfung und Verschuldung.

Lebenshaltungskosten in Österreich 1914-1918



Devisen wurden nach kriegswirtschaftlichen Grundsätzen erfaßt und bewirtschaftet. Der Staat agierte im Ersten Weltkrieg durchgehend im Sinne des "Organisierten Kapitalismus": Die Herausforderung, den Güterkreislauf innerhalb der Volkswirtschaft aufgrund von Planvorgaben zu lenken, verminderte die wirtschaftlichen Freiheiten und förderte den Ausbau bürokratischer Strukturen. Es wurden eigene Ministerien für die Organisation der Kriegsökonomie geschaffen, kriegswirtschaftliche Zentralen und Verbände sollten einen reibungslosen Ablauf bei der Zuteilung der Rohstoffe und bei der Produktion der Rüstungsgüter gewährleisten. Bei den Mittelmächten war ein sogenanntes Kriegsleistungsgesetz in Einsatz, das kriegswichtige Unternehmen einer militärischen Aufsicht unterstellte und das die Arbeiterschaft de facto jeder Freizügigkeit beraubte und sie dem Kriegsrecht unterwarf. Wichtig erscheint noch anzumerken, dass die Interessenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Laufe des Krieges vielfach in korporatistischen Organisationen zusammengeschlossen wurden.

Die verheerenden Auswirkungen der Kriegskatastrophe lassen sich nur begrenzt in Zahlen ausdrücken: Rund 10 Millionen Soldaten mußten auf den Schlachtfeldern ihr Leben lassen, doppelt so viele wurden schwer verwundet. Die Kriegstoten unter den Zivilisten waren ebenfalls mit etwa 10 Millionen zu beziffern, weitere 20 Millionen starben an Unterernährung und Krankheiten, die dem Krieg zuzurechnen waren. Die militärischen Operationen verschlangen geschätzte 180 bis 230 Milliarden Dollar (gerechnet zu Kaufkraftwerten von 1914). Dazu kamen vom Krieg verursachte materielle Schäden, die sich mit über 150 Milliarden Dollar an Kosten zu Buche schlugen.

2.4 Exkurs: Die Russische Revolution

Die kriegsbedingte enorme Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung Russlands führte im Februar 1917 ausgehend von Petrograd zu spontanen Unruhen. Die Abdankung des Zaren und die Übernahme der Staatsgeschäfte durch eine bürgerliche Regierung konnten eine Beruhigung der Lage nicht bewirken, da der verbreiteten Sehnsucht nach einer Beendigung des Krieges und dem Landhunger der Bauern nicht entsprochen wurde. Unter dem Vorsitz von **Wladimir Iljitsch Lenin** übernahm im November 1917 der "Rat der Volkskommissare" die Regierungsgewalt. Erste erlassene Dekrete enteigneten den gesamten Grund und Boden zugunsten des Bauerntums und zielten auf die sofortige Waffenruhe (Friede von Brest-Litowsk im März 1918). Binnen Jahresfrist wurden alle

oppositionellen politischen Kräfte ausgeschaltet, wobei das neue Regime den Parlamentarismus durch ein Rätssystem zu ersetzen trachtete. Den Bürgerkrieg, der dem Umsturz folgte, konnte die Rote Armee bis März 1921 für sich entscheiden. Die auf Zusammenschluß gerichtete Nationalitätenpolitik Lenins führte Ende Dezember 1922 zur **Gründung der Sowjetunion**.

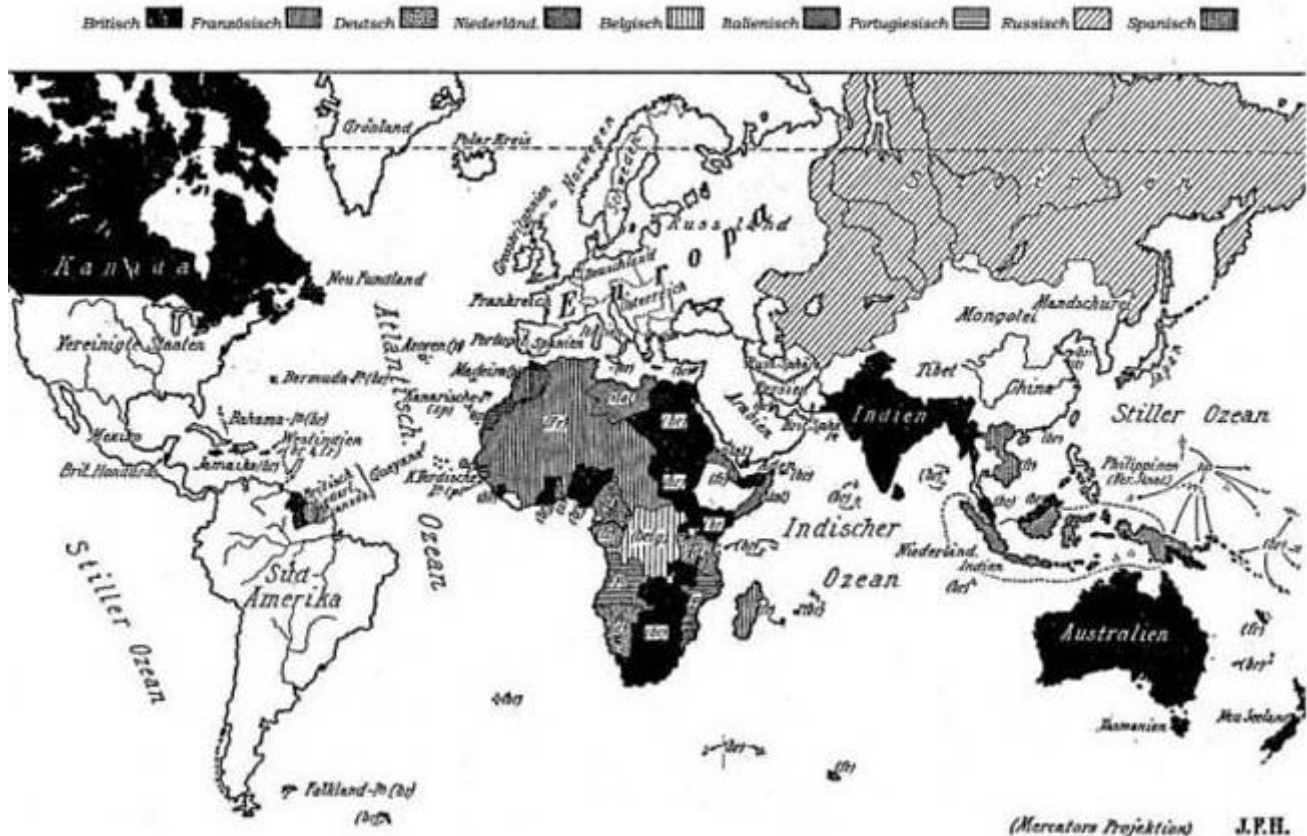
Die Machtübernahme war jedoch nicht in jedem Punkt vorbereitet gewesen. Das Ziel Lenins, eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu gestalten, bestand im Grunde ohne echtes Vorbild. Parteintern wurde auch die Frage gestellt (z.B. von **Georgij Plechanow**), ob es für ein Land ohne ausreichende industrielle Grundlage überhaupt sinnvoll ist, einen solchen Entwicklungssprung zu wagen. Lenin entschied sich dafür, die sozioökonomischen Verhältnisse sofort und total umzugestalten, wobei er als Vorlage für seine Pläne das Organisationsmuster der deutschen Kriegswirtschaft wählte. In der Phase des Kriegskommunismus, die bis 1921 andauerte, kam es zur Verstaatlichung der Industrie, des Handels, der Banken, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens. Der Bereich der Produktion erfuhr eine vollständige Zentralisierung, für Ernteüberschüsse bestand eine Ablieferungspflicht, der gesamte private Handel wurde durch staatliche Verteilungsmaßnahmen abgelöst.

Die Versorgungsprobleme bewogen Lenin aber 1921 zu einer **"Neuen Ökonomischen Politik"** (NEP) überzugehen. Dies brachte eine Einschränkung der staatlichen Kontrolle, private Betriebe wurden wieder zugelassen, Schlüsselsektoren der Industrie blieben jedoch in staatlicher Verwaltung. Die NEP förderte die Wiederbelebung des Handels, doch nach dem Tode Lenins 1924 mehrten sich die parteiinternen Auseinandersetzungen. Im Gegensatz zur "Hardliner-Fraktion" um **Josef Stalin** warben **Leo Trotzki** und die sogenannte Linke Opposition für ein Modell, das auf eine isolationistische Politik und Kraftakte verzichtete, wie etwa eine Zwangsorganisation des landwirtschaftlichen Bereiches. Es war jedoch Stalin, dem es gelang, sich mit seinen Vorstellungen vom "Sozialismus in einem Lande" durchzusetzen. Im Jahr 1928 wurde ein System der Fünfjahrespläne installiert. Damit gelang der Übergang zu einer systematischen, zentralisierten **Planwirtschaft**. Der Agrarsektor wurde einer rigorosen Kollektivierung unterworfen (Sowchosen = Staatsbetriebe, Kolchosen = Genossenschaften), Markt und Marktpreis wurden in allen Bereichen durch Planung ersetzt. Während der Anteil des vergesellschafteten Anlagekapitals 1928 mit 35% gegeben war, steigerte sich dieser Anteil bis zum Jahre 1937 auf 99%. Die Ausrichtung der strategischen Grundsätze der Planung am Vorrang der Schwerindustrie (Produktionsgüter und Rüstungsbedarf) vor der Konsumgüterindustrie machte zwar hohe Wachstumsziffern möglich - zwischen 1917 und 1940 wurde die Industrieproduktion etwa auf das 15-fache gesteigert -, erkaufte dies jedoch mit einem spürbaren Wohlstandsverzicht.

3 DIE NEUE PERIODE DES KOLONIALISMUS

Im ausgehenden 19. Jahrhundert erreichte die Kolonisierung außereuropäischer Räume eine neue Qualitätsstufe. Das in den Staatskanzleien des alten Kontinents frisch entfachte Interesse an territorialer Expansion kennzeichnete den Eintritt in das Zeitalter des **Imperialismus**. Geht man von einem sehr allgemein gehaltenen Verständnis aus, so wird mit "imperialem Handeln" jenes Herrschaftsstreben bezeichnet, das den Einfluß einer mächtigen Nation auf fremde Gebiete ausdehnen will. Die von Europa, den USA und Japan ausgehende Expansionslust verstärkte das Ungleichgewicht zwischen den industriell vorangeschrittenen Staaten und den ökonomisch schwach entwickelten Gebieten. Die "Blüteperiode" des neueren Imperialismus wird in der gängigen Literatur im Zeitraum 1875 bis 1914 angesetzt. Imperiales Herrschaftsstreben hatte es schon in der Antike, im Mittelalter und selbstverständlich auch im Zeitalter des Merkantilismus gegeben. Doch unter den Bedingungen eines sich modernisierenden Kapitalismus erhielt dieses Phänomen zusätzliche gewalttätige Facetten. Betroffene Länder in Asien, Afrika oder Lateinamerika wurden entweder mit direkten Mitteln der militärischen Eroberung oder indirekt, etwa mit politischer Gleichschaltung oder mit ökonomischem Zwang den technisch-wirtschaftlichen Bedürfnissen der imperialistischen Staaten nutzbar gemacht.

Überseeische Kolonien der europäischen Mächte (1914)



Die Beweggründe für das Expansionsstreben der entwickelten Länder hatten sich um 1900 eindeutig vermehrt. Im Gegensatz zur Kolonialpolitik des Merkantilismus erfolgte die Unterwerfung fremder Gebiete nun nicht mehr zum Zwecke des einmaligen Ausplünderns, sondern um Beziehungen herzustellen, die den überlegenen Nationen auf lange Sicht zusätzliche Gewinne beschern sollten. Die Eröffnung neuer Anlagemöglichkeiten für den Kapitalexpert spielte nun die entscheidende Rolle. Neben dem Interesse an billigen Arbeitskräften, günstig erschließbaren Rohstoffquellen und Absatzgebieten für Überschussprodukte drängten aber auch die heimischen Wirtschaftsprobleme und das nationale Prestigedenken zur Entgrenzung der kapitalistischen Volkswirtschaften. Der massive Preisverfall, die rigide Schutzzollpolitik der zueinander in Konkurrenz stehenden Nationen, die insgesamt schwächer werdenden Kapitalverwertungsmöglichkeiten in der industrialisierten Welt erzeugten den Wunsch, dem bestehenden Einflußgebiet zusätzliche Satelliten anzugliedern, um damit einen großen wirtschaftlichen Hegemonialbereich abzusichern.

Neuere Untersuchungen zeigen, dass ein Großteil der Industriestaaten vor dem Ersten Weltkrieg ein Zahlungsbilanzdefizit gegenüber den Lieferanten von Primärgütern (landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe) zu verzeichnen hatte, und dass die in die Kolonialländer eingebrachten Investitionssummen keineswegs großartig ausfielen. In den Jahren zwischen 1905 und 1914 gingen durchschnittlich nur 5 Prozent der britischen Gesamtinvestitionen in Gebiete, die nach 1880 erworben worden waren. Dennoch muß das Ziel des Kapitalexperts aus dem entwickelten Teil der Welt als eine treibende Kraft des Imperialismus angesehen werden. Wunschenken läßt sich nämlich nicht immer, oder nicht immer sofort, realisieren. Das "überschüssige" Kapital wartete beständig in den Kernzonen der Industrieländer auf erweiterte Gewinnchancen, auf das "Hecken" von Mehrwert (Rudolf Hilferding). Hinsichtlich des Kapitalexperts waren zwei Ausprägungsformen maßgebend: 1. Entweder die Investoren aus den Industrieländern brachten ihr Kapital direkt in die kolonialisierten Länder ein. 2. Oder die Erzeugung neuer wirtschaftlicher Abhängigkeiten geschah mittels Staatsanleihen.

Kolonialmacht "Nummer 1" war England, gefolgt von Ländern wie Frankreich oder Portugal. Zwischen 1876 und 1914 wuchs der englische Kolonialbesitz von 22.5 auf 33.5 Millionen km² (Einwohnerzahl 1876: 251.9; 1914: 393.5 Millionen), der französische Kolonialbesitz von 0.9 auf 10.6 Millionen km² (Einwohnerzahl 1876: 6.0; 1914: 55.5 Millionen). Aus Deutschland waren ab

dem Zeitpunkt der Reichsgründung 1871 ebenfalls deutliche Signale zu vernehmen, im Spiel der Kolonialmächte mitzumischen (siehe etwa die Aktivitäten in China, Deutsch-Ostafrika oder Togo), wobei sich der deutsche Wille zur Expansion nicht zuletzt auch in Mitteleuropa manifestierte. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren 55% der Erdoberfläche von Europa und von Staaten abhängig, die aus europäischen Kolonien hervorgegangen waren. Dieser Anteil stieg bis 1876 auf 67%, bis 1914 auf 84.4%. Keine imperiale Macht im traditionellen Sinne stellten hingegen die USA dar. Ihr Expansionsstreben war eher selten von einer territorial-politischen Grenzüberschreitung gekennzeichnet (Ausnahmen: Mittelamerika oder Ostasien), dafür wurde ihr rein wirtschaftlich fundierter Imperialismus (= Dollar-Imperialismus) immer stärker spürbar.

Der Wettlauf der industrialisierten Länder um wirtschaftliche Einflusssphären führte zu erheblichen Spannungen. Die politischen Krisen (Faschoda-Konflikt 1898, Marokko-Krise 1905/06 und die Balkan-Krise 1911/13) förderten die Aufrüstungspolitik und die Bereitschaft, Konflikte militärisch zu lösen. Das Bild der Jahrhundertwende ist geprägt vom spanisch-amerikanischen Krieg 1898, vom Burenkrieg 1899-1902 und vom russisch-japanischen Krieg 1905. Daneben suchten viele Länder mit bi- oder multilateralen Abkommen auch nach einer gemeinsamen Politik, um sich bei der Ausbeutung der Kolonien nicht gegenseitig zu behindern. W. Baumgart berichtet in seiner Studie über den Imperialismus: "Auf dem Berliner Kongreß von 1878 errichteten die Mächte eine Kolonialbörse, auf der in den folgenden Jahren Kolonien gehandelt wurden. Die Berliner Kongokonferenz von 1885, die darauf folgenden Teilungsverträge der neunziger Jahre, die beiden Ententen von 1904 und 1907 sowie die beiden Marokkokonferenzen von 1905 und 1911 sind die markanten Handels- und Tauschoperationen". Mit welcher Geschwindigkeit sich die imperialistische Ausdehnung am Ende des 19. Jahrhunderts vollzog, zeigt das afrikanische Beispiel: Der Kontinent Afrika, der sich noch im Jahr 1875 mit weniger als 10% unter Herrschaft der europäischen Nationen befand, erfuhr bis 1900 seine fast vollständige Aufteilung.

Die imperialistische Politik war unübersehbar mit negativen Effekten versehen. Es zeigte sich deutlich, dass das Kolonialsystem nur in verhältnismäßig wenigen Ländern günstige Bedingungen für ein Wachstum der Produktion schuf und in der Mehrzahl der unterworfenen Gebiete dazu führte, dass vormoderne Verhältnisse mit kapitalistischen "Inseln" koexistierten, in denen Plantagenwirtschaft bzw. extraktive Industrie vorherrschte, wo die Ausbeutung besonders krasse Formen annehmen konnte. Als Gegenbewegung zum demokratischen und nationalen Selbstbestimmungsrecht der Völker geriet der Imperialismus bereits in das Kreuzfeuer der zeitgenössischen Kritik.

Der englische Linksliberale **John Atkinson Hobson** ("Imperialism. A study", 1902) sah neben dem Moment, dass die reichen Nationen ihr Entwicklungsmodell den ärmeren Ländern aus einem Sendungsbewußtsein heraus "zugute" kommen lassen wollen, einen wichtigen Ansatz in einer "Unterkonsumtionstheorie": In den Industriestaaten - so Hobson - wachse die Produktion schneller als die Massenkaufkraft. Die koloniale Expansion werde daher als ein Ausweg angesehen, für "überschüssige" Produkte neue Märkte sowie neue rentable Möglichkeiten für Kapitalinvestitionen zu schaffen. Nur die Durchsetzung umfassender Sozialreformen und einer gerechten Einkommensverteilung innerhalb der imperialistischen Staaten würden daher das Problem des Imperialismus beseitigen helfen.

Die zweite Generation des Marxismus betrachtete die imperialistische Expansion als ein neues Entwicklungsstadium des kapitalistischen Systems, das nun zur Globalisierung schreite. **Rudolf Hilferding** vertrat in seinem 1910 erschienenen Werk "Das Finanzkapital" die These, dass in den modernen Industriestaaten eine Tendenz zum planmäßigen Kapitalexport notwendigerweise gegeben sei, da die Investitions- und Gewinnchancen im Inneren stagnieren würden. **Rosa Luxemburg** ("Die Akkumulation des Kapitals", 1913) führte die These vom Umschlag der Kapitalakkumulation in imperialistische Expansion weiter bis zur Prognose des Zusammenbruchs des Kapitalismus in dem Augenblick, in dem der Imperialismus den Untergang nichtkapitalistischer Kulturen besorgt und damit jeder weiteren Akkumulationstätigkeit den Boden entzieht. Die Theorie von der Identität des Imperialismus mit dem Kapitalismus, von dem ersterer nur die letzte Stufe darstelle, und von dem Untergang, den sich der Kapitalismus selbst bereite, wurde von Wladimir Iljitsch Lenin in seiner Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (1917) zusammengefaßt und zu kanonischer Geltung erhoben.

In der gegen Lenin gerichteten Schrift "Zur Soziologie der Imperialismen" (1919) des Österreicher **Joseph A. Schumpeter** hingegen wird das expansive Machtstreben nicht als Folgeerscheinung des

marktwirtschaftlich-liberalen Kapitalismus, der im Grunde - so Schumpeter - menschenfreundlich und pazifistisch ausgerichtet sei, sondern als Atavismus, als ein Rückfall in ein bereits überwunden geglaubtes Stadium der Wirtschaftsentwicklung betrachtet (Merkantilismus). Im Zeitalter der Unsicherheit, bedingt durch die große Depression ab 1873, seien in verschiedenen Ländern feudalistisch-militärisch orientierte Kreise in die entscheidenden gesellschaftlichen Leitpositionen zurückgekommen. Diese neue (alte) Elite sei es, die das Heil der eigenen Nation einer in brutalen Expansionspolitik suche. Die Konkurrenzangst und die Sorge, mit dem Verzicht auf Einflußgebiete einen realen Machtverlust der Nation hinnehmen zu müssen, waren zweifellos treibende Momente bei allen Ausformungen imperialistischer Politik. Dennoch, das imperialistische Handeln als atavistisches Geschehen zu interpretieren wird einer genauen Analyse nur dann standhalten, wenn es eingeschränkt auf bestimmte, im Weltmaßstab "zu spät gekommene" Nationen (Deutschland, Italien) angewandt wird. Der Dollar-Imperialismus der Vereinigten Staaten wird mit den Kategorien des Erklärungsmodells von Schumpeter nicht zu erfassen sein.

Die neueren Imperialismus-Theoretiker können eine den modernen Kapitalismus verharmlosende Sichtweise nicht teilen. **Johan Galtung's** Ansatz einer "strukturellen Theorie des Imperialismus" beispielsweise betont das Beziehungsgefälle, das zwischen den Staaten des Zentrums (= Industrieländer) und den Gebieten der Peripherie (= besonders den Ländern der Dritten Welt) erkennbar wird. Die in ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht gegebene Überlegenheit des im Modernisierungsprozeß vorangeschrittenen Nordens erzeuge die Möglichkeit der Kontrolle der Metropolen über die Ressourcen der von Krediten, Kapitalanlagen und technischem Know-how abhängigen Länder des Südens. Dem Land mit dem höheren Kapitalisierungsgrad und der besseren Infrastruktur ist es ein leichtes, aus einer solchen Vorzugsposition ökonomischen Gewinn zu schöpfen, besonders wenn es gelingt, mit den herrschenden Eliten in den Ländern der Dritten Welt ein entsprechendes Einverständnis herzustellen.

Ähnlich argumentieren neben verschiedenen Dependenztheoretikern **André G. Frank** und **Immanuel Wallerstein**. Sie betrachten den Kapitalismus als "Weltsystem" mit einem monopolistisch ausgerichteten Interaktionsmuster. Die Austauschbeziehungen zwischen Peripherieländern und den Zentren des Imperialismus seien so gelagert, dass den wirtschaftlich dominierenden Ländern ein Surplus zufließe. Diese Ausbeutungsbeziehungen resultierten aus einem durch die internationale Arbeitsteilung bewirkten technologischen Determinismus. Sowohl die Formen der politischen Machtverteilung als auch der Produktionsorganisation in der Dritten Welt würden von diesem ökonomischen Weltsystem geprägt, so dass in der Konsequenz die Erfolgsaussichten der politischen Unabhängigkeitsbestrebungen (Periode der Entkolonialisierung nach 1945) in Frage zu stellen seien.

4 DER NEUE STAATSINTERVENTIONISMUS

Die stärkere Hinwendung zum Kollektivismus verschaffte auch dem Eingreifen bzw. dem wirtschaftlich relevanten Handeln des Staates einen neuen Stellenwert. Wenngleich kapitalistische Grundprinzipien wie Gewinnorientierung und Privateigentum an Produktionsmitteln nicht in Frage gestellt wurden, führte die Vielzahl der Probleme im sozioökonomischen Bereich zur Ausweitung des modernen Interventionsstaates. Die Aufgaben des Interessenausgleichs, der Systemstabilisierung, der Konjunktursteuerung und der Wettbewerbspolitik ließen das liberale Muster eines "Nachtwächterstaates" obsolet werden. Die Verschränkung von Staat und Wirtschaft bzw. die gegenseitige Durchdringung von öffentlichem und privatem Sektor nahm zu, und der Staat wurde immer stärker als zentrale Verwaltungseinheit akzeptiert, ohne die eine sich modernisierende Wirtschaftsgesellschaft kaum existieren kann. Der mächtige Einfluß der Sachwalter des Kapitals zielte ebenfalls nicht auf eine Verminderung des staatlichen Einflusses, im Gegenteil, die Problemlösungskapazität des Staates wurde gewinnbringend zu nutzen versucht, die Mobilisierung aller rekrutierbaren Kräfte auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zum Zwecke der Profitmaximierung wurde primär der öffentlichen Hand zugetraut. Die neuen Aufgabenbereiche und Funktionen, mit denen der Staat nun ausgestattet wurde, waren mannigfaltig.

4.1 Die Koordinationsfunktion des Staates

Die Errichtung und der Ausbau der Infrastruktur wurden mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung immer wichtiger. Da etwa die Schaffung von Verkehrsanlagen (Straßenbau, Eisenbahnwesen, Hafeneinrichtungen etc.) als ein meritorisches Gut, das private Gewinninteresse nur in geringem Maße tangiert, wurden speziell solche Sektoren dem staatlichen Bereich zugewiesen. Ähnlich gelagert waren die Dinge im Hinblick auf das Bildungswesen, die Forschungspolitik oder den Betrieb von Großprojekten wie Kraftwerke. Im Sinne einer "Sozialisierung" der Ausbildungskosten wurden dem Staat die Aufgaben zur Heranziehung eines besser qualifizierten "human capitals" übertragen. Auch als wirtschaftlicher Impulsgeber im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe und als Förderer des Anleihengeschäfts rückte der Staat immer mehr in den Vordergrund. Im Sinne einer "Institutionenökonomie" übernahm es der Staat, die Transaktionskosten für die marktwirtschaftlichen Betriebe zu reduzieren. Mit den Staatsaufgaben und der zunehmenden Bürokratie wuchs auch der Finanzbedarf des öffentlichen Sektors. Die Steuerentwicklung verhielt sich nun analog dem "Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen und speziell der Staatstätigkeiten", wie es bereits 1861 einer der pointiertesten Vertreter der Historischen Schule der Nationalökonomie, Adolph Wagner, formuliert hatte.

4.2 Der Staat als Protektor der Wirtschaft

Die Beendigung der liberalen Ära und der Übergang zum Protektionismus im internationalen Handelsgeschehen erforderten ebenfalls umfassende politische Maßnahmen. Das staatliche Eingreifen war nun in mehrfacher Hinsicht gefragt. Mittels Schutzzöllen begannen die einzelnen Länder die Preise und Mengen importierter Güter zu kontrollieren. Die Lobby der Großagrarier und die Verbände der Schwerindustrie waren daran interessiert, unliebsame ausländische Konkurrenz billig auszubooten. Hilferding stellt zur Hochschutzzpolitik fest: "Der alte Schutzzoll hatte die Aufgabe ... das Entstehen einer Industrie innerhalb der geschützten Grenzen zu beschleunigen. Er sollte die in Entwicklung begriffene heimische Industrie vor Gefahr bewahren. Anders im Zeitalter der kapitalistischen Monopole. Jetzt treten gerade die mächtigsten exportfähigen Industrien, deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt keinem Zweifel unterliegt ... für Hochschutzzoll ein ..." Das ökonomische Expansionsstreben (Stichwort: neuer Kolonialismus) und die zunehmende Aggressionspolitik zwischen den einzelnen Ländern steigerten den Mittelbedarf für den militärischen Sektor. Aber nicht nur nach außen richtete sich die Protektionsfunktion des Staates. Auch die Risikominimierung und Stabilitätsförderung im ökonomischen Bereich, etwa durch konjunkturpolitische Maßnahmen, ließen den politischen Eingriff in weiten Kreisen akzeptabel erscheinen.

4.3 Risiko wird mit Staatshilfe "kalkulierbar"

Alle langfristigen Planungstrategien von Unternehmen setzen ein gewisses Maß an "sozialem Frieden" voraus. Im 19. Jahrhundert, in dem die "soziale Frage" primär als Arbeiterfrage aufgefaßt wurde, agierte der Staat als Konfliktvermeider im Gegensatz von Arbeit und Kapital. Mit Maßnahmen im Rahmen der Sozialgesetzgebung, mit der Einführung von Kranken-, Alters-, Invaliditäts- und Arbeitslosenversicherungen wurde in Form einer "sozialen Innovation" (Otto Neuloh) versucht, einen permanenten Konfliktherd aus der Gesellschaft zu eliminieren. Bei der Durchsetzung der Sozialgesetzgebung waren zweifellos auch staatliche "Eigeninteressen" maßgebend, korrespondiert doch die militärische Stärke eines Landes zu einem Gutteil mit dem Vorhandensein einer gesunden und "wehrfähigen" Bevölkerung. Auch dem verstärkten Bedürfnis nach Rechtssicherheit, wie es Unternehmer und Sachwalter des Kapitals artikulierten, wurde staatlicherseits entsprochen. In der Periode zwischen 1850 und 1900 wurden wesentliche Teile eines modernen Wirtschaftsrechts (etwa

Aktienrecht oder gesellschaftsrechtliche Vorschriften) festgelegt.

5 GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONSTRENDS

Der gesellschaftliche Umwälzungsprozeß war nicht weniger dramatisch als die Fülle ökonomischer und politischer Veränderungen. Besonders beachtenswert erscheinen in diesem Zusammenhang der Trend zur kollektiven Organisation und die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Schichten. Trotz verschiedener sozialgesetzlicher Maßnahmen war die "soziale Frage" an der Tagesordnung geblieben. Nach wie vor schuftete unter menschenunwürdigen Bedingungen ein Heer von Billigarbeitskräften in den Fabriken. Die Situation verschärfte sich vor der Jahrhundertwende sogar, denn der ungebrochene Zuzug vom Land in die Städte bescherte Wohnverhältnisse, die Erinnerungen an frühkapitalistische Umstände wachriefen. Aus der Enge des Wohnraums und aus dem niedrigen Standard hygienischer Bedingungen resultierte eine weitere Etappe der Massenverelendung. Die sozialen Spannungen förderten die Organisationstendenzen in der Arbeiterschaft in Richtung Gewerkschaften und sozialistischer Parteien. Im Jahr 1863 hatte **Ferdinand Lassalle** den **Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein** ins Leben gerufen, 1869 gründeten **Wilhelm Liebknecht** und **August Bebel** in Deutschland die **Sozialdemokratische Arbeiterpartei**.

Aber auch die Unternehmerseite strebte nach Verbandsgründungen, um ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. 1874 entstand der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der zwei Jahre später auf einen Zentralverband Deutscher Industrieller erweitert wurde. In diese Epoche fällt auch die Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen für die ersten Handelskammern. Kaum eine gesellschaftlich relevante Gruppe wollte auf eine kollektive Vertretung nach außen verzichten, auch die Schichten des Mittelstandes zogen nach, wie die Gründungsinitiativen diverser Angestellten- und Beamtenvereine lebhaft zum Ausdruck brachten. Der Verein Deutscher Ingenieure spielte seit seinem Entstehungsbeginn 1856 sogar eine Art Vorreiterrolle. Der Trend zu einer "verbandsstrukturierten Wirtschaft" (Gerald D. Feldman) war eine ganz zentrale Erscheinung, die das Gesicht des Kapitalismus bis in die neuere Zeit entscheidend prägte. Denn mit den verschiedenen Interessengemeinschaften entwickelte sich sukzessive eine neue Verhandlungskultur, die der um 1900 noch visionären Idee einer "sozialen Partnerschaft" immer näher rückte. Bereits die einheitliche Reichsversicherungsordnung für das Deutsche Reich von 1911 wurde zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ausgehandelt, und stellte somit ein frühes Lösungsmodell dar, das in der Folge ohne Zweifel beispielgebend gewirkt hat.

Das von einer massiven Landflucht begleitete Wachstum der Städte im 19. Jahrhundert förderte zusammen mit der wirtschaftlichen Entwicklung auch einen **Wandel der Sozialstruktur**. Auffallend ist sinkende Zahl der selbständig Erwerbstätigen, zugleich entstanden neue Berufsgattungen, die nach einer höheren Ausbildung verlangten. Zu denken wäre hier etwa an die technische Intelligenz, die Ingenieure, die das betriebliche Leben zunehmend stärker bestimmten. Die neuen Entfaltungsmöglichkeiten, die Großunternehmen, Banken, Versicherungen, Pressewesen usw. boten, waren zunächst allerdings eher begrenzt. Der Sektor der Geldinstitute übertrug seine überragende Rolle nur partiell auf die Lage seiner Angestellten. Die "Bankbeamten" galten zwar als privilegierte Arbeitnehmer, aber die mangelnde Anpassung ihrer Bezüge in Phasen einer Teuerung, lange Arbeitszeiten und der Zwang zu Überstunden relativierten diese Position nicht selten in der Realität. Ähnliches galt für die Angestellten im Handel und in der Versicherungsbranche, deren Arbeitsbedingungen oft nicht einmal gesetzlichen Regelungen unterlagen.

Für den zeitgenössischen kritischen Soziologen **Siegfried Kracauer** waren die Angestellten ein typisches Phänomen der expandierenden Großstädte, in denen immer mehr Dienstleistungen zirkulierten und Massenmedien eine breite Informations- und Vergnügungsgesellschaft schufen. Der Welt der medialen Illusionen und der von Kracauer als oberflächlich diagnostizierten Ablenkungen (Kinofilme oder Zeitschriften als anspruchslose Massenwaren) entsprach der **sozialgeschichtliche Durchbruch der Angestellten** als neuer sozialer Figuration des 20. Jahrhunderts, die sich als sozialer Puffer zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie schob und ein ausgeprägtes, vor allem

sozialpolitisch gestütztes Sonderbewußtsein entwickelte. In seiner umfassenden Studie mit dem Titel "Die Angestellten" hielt Kracauer fest: "Die Angestellten leben heute in Massen, deren Dasein, in Berlin und den übrigen großen Städten vor allem, mehr und mehr ein einheitliches Gepräge annimmt. ... Die Masse der Angestellten unterscheidet sich vom Arbeiter-Proletariat darin, dass sie geistig obdachlos ist. ... Sie lebt gegenwärtig ohne eine Lehre, zu der sie aufblicken, ohne ein Ziel, das sie erfragen könnte. Also lebt sie in Furcht davor, aufzublicken und sich bis zum Ende durchzufragen." Nach der Einschätzung Kracauer bestand also ein schwerwiegender Antagonismus innerhalb des Standes der Angestellten: Im Gegensatz zur Arbeiterschaft, die ihre Interessenlage viel eindeutiger determiniert sah, und die damit viel stärker zum "Klassenkampf" neigte, existierten die Angestellten bewußtseinsmäßig mit einer gewissen inneren Gespaltenheit, die einerseits aus den Interessen gegenüber dem Unternehmertum (d.h. auch Angestellte sind "Arbeitnehmer") und andererseits aus einem Standesdenken resultierte, das von einem relativ privilegierten sozialen Status und damit verbunden erhöhten Loyalitätsansprüchen bestimmt war. Die Tätigkeit des Angestellten vollzog sich zumeist in der Nähe des Zentrums der betrieblichen Macht, als "white-collar-worker" grenzte er sich deutlich gegenüber dem "blue-collar-worker" ab. Eine konservative Sozialpolitik versuchte, den Stand der Angestellten als einen "Hort der Ruhe" zu bewahren, dementsprechend wurden der Angestelltenschaft umfassende Kranken- und Pensionsversicherungsleistungen meist früher zuerkannt als den Arbeitern.

Verteilung der Beschäftigungsarten 1875-1907 [%]

	INDUSTRY			TRADE + TRANSPORTATION			TOTAL		
	1875	1895	1907	1882	1895	1907	1882	1895	1907
SELF-EMPLOYED	56.7	71.9	76.3	46.3	52.7	56.3	66.1	67.8	72.5
WHITE COLLAR WORKERS	1.6	3.2	6.1	9.0	11.2	14.6	1.9	3.3	5.2
BLUE COLLAR WORKERS	41.7	24.9	17.6	44.7	36.1	29.1	32.0	28.9	22.3

Das Emporkommen des sogenannten "neuen Mittelstandes" - zu dem neben den Angestellten auch Beamte, Lehrer und Freiberufler hinzugerechnet werden müssen - war eines der Hauptmerkmale der frühen Phase des "Organisierten Kapitalismus". Die Größenausformung des Sektors des "neuen Mittelstandes" veranschaulicht Arno Mayer für Deutschland um 1900 wie folgt: "In den Handels- und Dienstleistungsbranchen der deutschen Wirtschaft waren um die Jahrhundertwende rund 506.000 Angestellte beschäftigt. Dazu kamen weitere 686.000 Angestellte im industriellen Bereich, wo sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Angestellten (Gehaltsempfängern) und Arbeitern (Lohnempfängern) mittlerweile, nach Sparten differenziert, wie folgt darstellte: 1 Angestellter auf 16 Arbeiter im Bergbau und bei Eisen und Stahl, 1 auf 6 im Maschinenbau, 1 auf 5 in der chemischen Industrie und 1 auf 11 in der Textil- und nahrungsvermittelverarbeitenden Industrie. Auf den öffentlichen Dienst und die freien Berufe entfielen zusammen 1.1 Millionen Menschen, auf das Dienstbotengewerbe 1.3 Millionen."

Die "geistige Obdachlosigkeit" (Siegfried Kracauer), die in den Reihen des Mittelstandes festzustellen war, erzeugte jedoch besondere Anfälligkeiten ideologischer Natur. Im Zeitalter der Unsicherheit, dass dem Ersten Weltkrieg folgte, führte dieser Umstand zu äußerst problematischen Entwicklungen. In jenen Ländern, in denen eine soziale Integration der Arbeiterschaft nur mangelhaft gelungen war, und wo auf die ausgleichende Wirkung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen nicht zurückgegriffen werden konnte, verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Vor diesem Hintergrund vollzog sich die Kulturkrise der 20er Jahre, die wesentlich von dem Umstand geprägt war, dass der Mittelstand seine soziale und ökonomische Deklassierung verarbeiten mußte. Angehörige der Zwischenschichten hatten, ob als Zinshauseigentümer oder als Beamte, oder auch nur als Sparbuchbesitzer, in den Wirren im und nach dem Ersten Weltkrieg viel an Vermögens-Substanz eingebüßt. Die kulturpessimistischen Reaktionen, die im Bereich der bürgerlichen Mitte nun häufig zu vernehmen waren - Oswald Spenglers Buch "Der Untergang des Abendlandes" ging allein zwischen 1918 und 1925 in mehreren Dutzend Auflagen über den Ladentisch -, waren verknüpft mit der Sehnsucht nach klaren hierarchischen Strukturen, nach einer Ordnung, in der "Führer" und "Gefolgschaft" wieder deutlich zu unterscheiden wären.

Erkennbar war auch der Rückgriff auf simpel gestrickte, zumeist widerspruchsvolle

Erklärungsmuster. In antisemitisch gefärbten Verschwörungstheorien etwa wurden dem Judentum allerlei "dunkle Mächte" unterstellt. Alles deutet darauf hin, dass in der Zwischenkriegszeit das Vertrauen in die wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten und den steten Fortschritt der modernen Welt wesentlich erschüttert war, moralisch-humanitäre Wertvorstellungen verloren unter diesen Gegebenheiten zunehmend an Gewicht bzw. wurden vom Denken in den Kategorien des Biologismus und des sozialdarwinistischen Kampfes verdrängt. Das imperialistische Streben der europäischen Staaten hatte ganz eindeutig auch seine sozialpsychologische Spuren hinterlassen, das oligarchische Herrschaftsideal ersetzte das demokratische Gleichheitsideal nun in weiten Bereichen. Ein nationaler Chauvinismus, der sich sowohl gegen unterworfenen "nicht-weiße" Völkerschaften als auch gegen den Nachbarstaat am europäischen Kontinent richten konnte, und ein aggressiver Militarismus bildeten in der Zwischenkriegszeit ein eminent destruktives Risikopotential. Die weitgehende Kongruenz von Ideologie-Konglomeraten dieser Art mit dem faschistischen Bewußtsein, das den Schlächterregimen von Mussolini bis Hitler den Weg ebnete, erscheint mehr als offensichtlich.

6 EXKURS: NATIONALISMUS, RASSISMUS UND "MODERNER" ANTISEMITISMUS

Das Zeitalter der Herausbildung des organisierten Kapitalismus, die bewegte Epoche des Imperialismus war geprägt von der Entstehung, Weiterverbreitung und Festigung militanter Ideologien. Das gewaltbereite imperiale Herrschaftsstreben ging einher mit einem gesteigerten Machtwillen, der im nationalen Egoismus und im rassistischen Denken seinen Niederschlag fand. Das stärkere Wiederaufkeimen des Antisemitismus in Europa bildete eine besondere Ausformung des modernen Rassenwahns. Im europäischen Raum hatte nationales Gedankengut schon ab der Zeit des Wiener Kongresses 1814/15 einen deutlichen Aufschwung erfahren. Der Kongreß brachte nach einer Phase der großen Unruhe eine Neuordnung Europas, orientiert an den vor den napoleonischen Kriegen bestehenden territorialen Grenzen. Die nationalen Bewegungen in vielen Staaten begrüßten diesen Schritt euphorisch. Die Aufteilungspolitik wurde vor allem von den bürgerlichen Schichten als Chance betrachtet, auch innerhalb des neuen Gebildes des Nationalstaates Veränderungen und Reformen durchzusetzen, um damit sowohl die ökonomische Einheit als auch die kulturelle Freiheit des Volkes zu sichern. Der Begriff der Nation hatte in diesem Zusammenhang vor allem zwei Funktionen für seine ideologische Trägergruppe:

(1) Das Bürgertum sah die Möglichkeit, unter den neuen Bedingungen seine Emanzipations- aber auch Herrschaftsansprüche gegenüber dem alten, fast schon funktionslos gewordenen Adel durchzusetzen. Die dynastisch, also nicht national orientierte alte Elite sollte somit aus der modernen Nation "ausgeschlossen" werden.

(2) Gegenüber der erwachenden Arbeiterschaft hingegen sollte die "Kapitalisierung" auf der Ebene der Normen und der Werte entsprechend abgesichert werden. Für die Arbeiterklasse galt das Versprechen, im Falle einer Mitwirkung am ökonomischen "Aufstieg der Nation" werde auch für sie ein größerer Teil des volkswirtschaftlichen Kuchens erreichbar werden.

Der frühe Nationalismus in Europa hatte noch starke Affinitäten zum Liberalismus. Das liberale Bürgertum träumte von einer bunten Vielfalt von Nationen, die friedlich nebeneinander koexistieren und die dem nicht-aggressiven Freihandelsprinzip frönen sollten. Der "bürgerliche" Nationalismus hatte so durchaus eine emanzipatorische Facette, die in der Ablehnung von Feudalherrschaft und überkommenen Privilegien deutlich wurde. Das ausgehende 19. Jahrhundert ließ aber alle Idealvorstellungen rasch verschwinden. Die Wirtschaftskrise und die Vertrauensverluste in das Freihandelssystem lösten eine Suche nach engen nationalen Bewältigungsstrategien aus. Ein extremistisch ausgeformter Nationalismus wurde nun die ideologische Hauptstütze sich zunehmend aggressiver gebärdender gesellschaftlicher Schichten, die bereits über den Weg der Massenmedien den Einfluß ihrer Ideen zu verbreiten versuchten. Die Gedanken der Nation und des Nationalstaates verbanden sich nun mit einem erstarkenden Militarismus. In der Hochrüstungsstrategie wurde ein ökonomischer Rettungsanker erblickt, über Staatsaufträge schienen neue gewinnbringende Anlagemöglichkeiten in diesem Sektor attraktiv, auch erhoffte man sich davon einen

Konjunkturimpuls. Nicht zuletzt war die imperialistische Ausdehnungspolitik ohne gleichzeitige flankierende Aufrüstungsmaßnahmen unvorstellbar. Nationalismus, Militarismus und die expansionistische Dynamik verbanden sich in einer zusehends kleiner werdenden Welt zu einer explosiven Mischung, die nur auf einen entsprechenden Katalysator wartete.

Die militante Außenpolitik fand ihre ideologische Entsprechung im Inneren im Zuge der Ausbreitung verschiedener pseudowissenschaftlicher Rechtfertigungen des Expansions- und Eroberungsstrebens. Pseudowissenschaftliche und sozialdarwinistisch gefärbte "Theorien" der rassistischen Dominanz, sowie auf Überheblichkeit beruhende Parolen wie "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" oder "Britannia rule the waves" spiegelten den Herrschaftsanspruch des sich aufgrund sozialdarwinistischer Ideen auch als biologisch bevorzugt einschätzenden weißen Mannes wider. Nochmals Rudolf Hilferding: "Da die Unterwerfung fremder Nationen auf Gewalt, also auf natürlichem Wege vor sich geht, scheint die herrschende Nation diese Herrschaft ihren besonderen natürlichen Eigenschaften zu verdanken, also ihren Rasseneigenschaften. In der Rassenideologie entsteht so eine naturwissenschaftlich verkleidete Begründung des Machtstrebens des Finanzkapitals, das so die naturwissenschaftliche Bedingtheit und Notwendigkeit seiner Handlungen nachweist. An die Stelle des demokratischen Gleichheitsideals ist ein oligarchisches Herrschaftsideal getreten."

Aber nicht nur unterworfenen Völker in allen Erdteilen wurden als rassistisch minderwertig und damit als kolonisierbar abqualifiziert. Die irrationale Angst vor dem "Fremden" übertrug sich auf Minderheiten im heimischen Territorium. Der Antisemitismus, der bis dahin religiösen und wirtschaftlichen Vorurteilen entsprungen war, erlebte seine zeitgenössische Ausprägung als Rassenantisemitismus. Hauptträger des "modernen" Antisemitismus waren radikalisierte Gruppen innerhalb des sog. "historischen Mittelstandes", besonders Gewerbetreibende, kleine Kaufleute und Handwerker, die durch die wirtschaftlichen Entwicklungen des ausgehenden Jahrhunderts mehr oder minder stark unter Druck geraten waren. Die Zünfte waren abgeschafft und ein liberales Gewerberecht hatte sich vielerorts etabliert. Die großen Industrieunternehmen mit Massenproduktion und Konfektionswaren zogen immer mehr Marktanteile an sich. Diese Umwälzungen, dazu die Große Depression nach 1873 und der Umstand, dass Juden z.T. führend im Bankensektor, im Pressewesen und in den liberalen Parteien tätig waren, wurden zu absurden Verschwörungstheorien verknüpft, wonach die Juden die entscheidenden Förderer des in diesen Kreisen verhaßten kapitalistischen Systems seien. Aber auch die sozialen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft wurden dem Judentum, aus dem viele seiner führenden Vertreter stammten, angelastet. Der "Sozialismus des dummen Kerls", wie Ferdinand Kronawetter, ein Abgeordneter der Demokratischen Partei im alten Österreich, den Antisemitismus treffend definierte, wurde zunehmend zu einer kleinbürgerlich-bäuerlichen Alternative zur Arbeiterbewegung, eine Alternative, in der Judenfeindschaft und "romantischer" Antikapitalismus verschmolzen. Als sich im 20. Jahrhundert die Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen verschärften, etablierte sich die Rassentheorie als neues universalgeschichtliches Erklärungsprinzip, aus dem am Ende schreckliche Konsequenzen gezogen wurden.